

„Verfolgte Christen Aktuell“

Info- und Aktionsbrief des IGFM-Arbeitskreises Religionsfreiheit/Verfolgte Christen 1-2009



Drohende Talibanisierung

Verfolgte und gefangene Christen in Pakistan

„Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Taliban versuchen, in Pakistan die Macht zu übernehmen. Deshalb geht es um das Überleben Pakistans“, sagte der seit September 2008 amtierende Präsident Asif Ali Zardari am 15. Februar 2009 gegenüber dem US-Sender CBS. Taliban-Kämpfer operieren nicht nur an der Grenze zu Afghanistan, sondern sind inzwischen auch in den großen Millionen-Städten Pakistans wie Karachi und Lahore.

Meldungen wie die folgenden reihten sich im Frühjahr 2009 aneinander:

Die christlichen Familien in Karachi trauen sich offenbar nicht mehr, ihre Häuser zu verlassen. Aus Angst vor dem Terror der radikalen Islamisten der Taliban verbarrikadierten sich die Familien in ihrem Eigentum. Dazu habe auch die Regierung aufgerufen, die eine Eskalation der Gewalt durch bewaffnete Taliban-Gruppen befürchte. Der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke in Pakistan, Mario Rodriguez, sprach von Terrorisierungen durch die Taliban, denen die Christen in Karachi ausgesetzt seien. Unter Androhung der Todesstrafe wollten sie die christliche Bevölkerung zur Konversion zum Islam bewegen, so Rodriguez. Der Geistliche rief zum weltweiten Gebet für die Opfer von Gewalt und Bedrohung in Karachi auf. (vgl. Newsletter Radio Vatikan, 7.5.09)

Am 1. Mai griffen fast 500 Moslems Christen im Dorf Chak (Provinz Punjab) an, nachdem fünf Christen wegen angeblicher Blasphemie inhaftiert worden waren. Sie sollen in einer Mädchen-Grundschule islamische Schriften mit Tinte und Kaugummi verschmiert haben.

Am 9. April 2009, am Gründonnerstag vor Ostern, wurde Nisha Javid, ein neun-jähriges christliches Mädchen, in ihrem Dorf Essangri (Provinz Punjab) entführt und gruppenvergewaltigt. Christen gehen davon aus, dass das Verbrechen zur Terrorisierung der christlichen Gemeinschaft verübt wurde.

Am 18. Februar äußerte IGFM-Kuratoriumsmitglied Bischof Joseph Coutts gegenüber Radio Vatikan, dass die Lage der Bewohner der pakistanischen Swat-

Region, darunter auch vereinzelt Christen, zu eskalieren droht. In dem 160 Kilometer nordöstlich von der Hauptstadt Islamabad entfernten Tal, das einst als „pakistanische Schweiz“ bei Touristen aus aller Welt beliebt war, haben die radikalen Taliban die Macht an sich gerissen. Entführungen, Morde und die Zerstörung von Schulen sind an der Tagesordnung. Die Lage sei komplett außer Kontrolle geraten.

Bischof Joseph Coutts: „In der letzten Zeit gab es sicherlich eine Menge Gewalt und Militanz. Ich habe in Lageberichten aus Pakistan gelesen, dass ungefähr 180 Schulen zerstört wurden. Das ist schon sehr viel. Und dann hieß es weiter, die Taliban hätten eine Gruppe Polizeimänner enthauptet. In diesem Konflikt sind bisher etwa 1.500 Menschen getötet worden. Und auch obwohl die Armee eingegriffen und ihre Kräfte verstärkt hat, ist ganz offensichtlich, dass sie nicht in der Lage ist, die terroristischen Aktivitäten der militanten Taliban zu kontrollieren.“

Unter den zerstörten Schulen befindet sich auch eine katholische Bildungsstätte. Bischof Coutts: „Es gibt zwar nicht viele Christen im Swat-Tal. Ich kannte eine katholische Schule, die von Schwestern geleitet wurde. Diese Schule wurde im vergangenen Jahr zerstört, die Schwestern sind daraufhin geflohen. Diese schöne Schule wurde grundlos in die Luft gesprengt. Man sieht heute noch die Trümmer.“

In einer weiteren Meldung heißt es: In Pakistan werden Christen immer stärker von den radikal-islamischen Taliban bedroht. Viele müssen fliehen. Das betrifft nicht nur das umkämpfte Swat-Tal im Norden des Landes. Die Regierung

hatte dort Mitte April 2009 den Taliban als Friedensangebot die Einführung des islamischen Religionsgesetzes, der Scharia, erlaubt.

(vgl. Kath.net/idea April 2009)

Aus Furcht vor den Islamisten gehen viele Christen sonntags nicht mehr in die Gottesdienste. Sie haben den muslimischen Kleidungsstil angenommen. „Die Drohungen, Entführungen und Angriffe durch islamische Extremisten haben die Christen sehr eingeschüchtert. Die Taliban versprechen Frieden, aber die Christen bezweifeln, dass sich die Islamisten daran halten werden“, zitiert das Hilfswerk Open Doors einen Gemeindeleiter. Die letzte christliche Schule in der Region wurde im Dezember 2008 zerstört. Zahlreiche Scharia-Gerichte sollen unterdessen ihre Arbeit aufgenommen haben. Videos zeigen Frauen, die von Männern zur Strafe ausgepeitscht werden. Taliban-Anhänger schießen auf Christen.

Unterdessen ist es in der Nähe der Hafenstadt Karatschi, rund 1.000 Kilometer vom Swat-Tal entfernt, zu gewalttätigen Angriffen von Taliban-Anhängern auf Christen gekommen. Gemeindeglieder wollten Taliban-freundliche Aufschriften von ihrem Versammlungshaus entfernen, als bewaffnete Männer sie davon abhielten. Wenig später erschienen weitere 30 bis 40 Männer, die in die Menge schossen. Unter den Schwerverletzten waren drei Christen, darunter ein Kind, berichtet der Informationsdienst Compass Direct. Außerdem drangen Taliban-Kämpfer in Häuser von Christen ein, legten Feuer und verbrannten Bibeln. Frauen seien geschlagen worden. Sicherheitskräfte hät-

ten sieben Tatverdächtige festgenommen und ein Depot mit halbautomatischen Handfeuerwaffen und Kalaschnikow-Gewehren ausgehoben. Von den 156 Millionen Einwohnern Pakistans sind 95 Prozent Muslime, 3 Prozent Christen und 1,8 Prozent Hindus.“

In dieses Klima fortschreitender Islamisierung passt es, dass das oberste Scharia-Gericht in Pakistan für die Beleidigung des Propheten Mohammed § 295 C pakistanisches Strafrecht in einem im April 2009 ergangenen Urteil verpflichtend die Todesstrafe vorsieht und die alternative „lebenslängliche Haft“ gestrichen worden ist.

In diesem Zusammenhang beobachtet die IGFM aktuelle, aber auch länger zurückliegende Fälle von Blasphemieanklagen mit großer Sorge.

Drei Christen wurden am 3. Februar 2009 in der nordöstlichen Provinz Punjab wegen angeblicher Blasphemie inhaftiert. Die pakistanische Mitgliedsorganisation der IGFM, CLAAS, teilte mit, die Christen würden in der Polizeistation des kleinen Ortes Baddomehli, Bezirk Narowal, ungefähr 100 km von der Millionenstadt Lahore entfernt, festgehalten. Es handelt sich dabei um Pastor Shafique, seinen jüngeren Bruder und dessen betagten Vater.

Einige Tage vorher beschuldigten Schüler der staatlichen Schule in Narowal den jüngeren Bruder von Pastor Shafique, ein islamkritisches Pamphlet in seiner Tasche mit sich zu führen, und verprügelten ihn. Die Leiter der College-Union meldeten den Vorfall an die zuständige Polizeistation, die nach Warnung der anderen Christen des Ortes vor aufgebrauchten Moslems die genannten drei Christen festnahm.

Die IGFM erinnert neben weiteren Fällen an die seit 2002 wegen angeblicher Blasphemie in Todeszellen einsitzenden Christen Anwar Kenneth und Kingri Masih und an den 2007 nach § 295 C zum Tode verurteilten Christen Younis Masih.

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter dem Kennwort „Religionsfreiheit“ auf folgendes Konto:
IGFM
Tanus-Sparkasse
Konto Nr. 23 000 725
BLZ 512 500 00

Christlicher Menschenrechtsdirektor Hector Aleem in Haft



Hector Aleem in Ketten, hier mit seiner Frau und seiner Tochter Misba

Anlässlich des sich seit Ende Januar 2009 hinziehenden Prozesses gegen den inhaftierten Direktor der pakistanischen Menschenrechtsorganisation Peace Worldwide Hector Aleem verweist die IGFM auf die menschenunwürdige Behandlung des Menschenrechtsaktivisten, die Haltlosigkeit der Vorwürfe und die ungerechtfertigte Festnahme seines Sekretärs.

Am 22. Januar 2009, nachts um 1.30 Uhr, waren Polizeikräfte in Aleems Hause in Islamabad eingebrochen, holten ihn aus dem Bett, beschimpften und misshandelten Frau und Kinder, zerstörten christliche Bilder, verwüsteten die Zimmer, nahmen Wertsachen mit und führten den 55-Jährigen unzureichend gekleidet ab. Hector wurde zunächst für fünf Tage in eine Polizeistation verbracht, misshandelt und befindet sich seit Ende Januar im Gefängnis an der Adiala Road in Rawalpindi.

Die militante islamische Organisation Tehrik-e-Sunat hatte ihn wegen angeblicher blasphemischer SMS-Botschaften angeklagt. Basharat Khoker, Hectors Sekretär, wurde am 2. Februar verhaftet und gefoltert.

Hector Aleem setzt sich seit Jahren engagiert für die christliche Minderheit ein und hatte zuletzt zugunsten der Christen im Grundbesitzstreit um eine Kirche in Islamabad interveniert. Das Gelände der von Abriss bedrohten Kirche wird von der Stadtentwicklungsbehörde beansprucht.

Bei einer von der IGFM-Mitgliedsorganisation CLAAS (Lahore) eingeleiteten Untersuchung sicherte Kush Dil Khan, Mitarbeiter des Menschenrechtsministeriums in Islamabad, dem offenbar wegen seiner Menschenrechtsaktivitäten inhaftierten Hector seine volle Unterstützung zu.

Ebenso setzen sich viele Muslime mit beleidigten Erklärungen bei dem mit dem Fall beauftragten Untersuchungsbeamten für Hector Aleem ein, der nach eigenen Angaben niemals SMS-Nachrichten benutzt. Polizei und Beamte stehen unter dem Druck militanter Muslime.

Aleems Frau und seine vier Kinder befinden sich wegen der von islamischen Klerikern ausgehenden Bedrohung inzwischen im Haus von Freunden.

Die IGFM appelliert in Verbindung mit der Anklage gegen Hector Aleem erneut an Staatspräsident Asif Ali Zardari und Minderheitenminister Shabaz Bhatti, die im Januar 2009 versprochene Abschaffung des Blasphemiegesetzes einzulösen.

Auch viele Muslime sind von dem oft zu persönlichen Zwecken missbrauchten Gesetz betroffen.

So wurden kürzlich fünf Ahmadi-Muslime in dem Dorf Chank (Provinz Punjab) festgenommen, die Beleidigungen gegen den Propheten Mohammed in die Toilettenanlage einer Moschee

geschrieben haben sollen. Ahmadi-Muslime werden in Pakistan als islamische Häretiker angesehen.

Nach Angaben der Ahmadi-Gemeinschaft hat es seit Einführung des Gesetzes 1986 nahezu 300 diesbezügliche Anklagen gegen Mitglieder ihrer Glaubensgruppe gegeben.

Appelle verhalfen mit zum Freispruch



James Masih (72 Jahre) und Buta Masih (67 Jahre) wurden 2006 unschuldig wegen angeblicher Blasphemie zu 10 Jahren Haft verurteilt, im April 2009 erfolgte der Freispruch. Den beiden alten Männern war das Verbrennen von Koranseiten vorgeworfen worden. Das Urteil beruhte auf der falschen Anzeige eines islamischen Nachbarn, der sich beim leseunkundigen James Masih verblichlich um den Kauf einer Immobilie bemüht hatte.

James und Butah Masih waren im Dezember 2006 von der IGFM und dem Nachrichtendienst IDEA zu „Gefangenen des Monats“ erklärt worden. Die IGFM kritisiert die unter dem Druck islamischer Fanatiker zustande gekommene Verurteilung ebenso wie das sich jahrelang hinziehende Berufungsverfahren gegen die beiden ungebildeten, hilflosen Senioren.

Der Christ Gulshare Masih, 40 Jahre alt, und seine Tochter Sandal Gulshare, 19 Jahre alt, aus dem Dorf Gojra Chak in der Nähe von Faisalabad wurden am 9. Oktober 2008 von fanatischen Muslimen, die Unruhe unter die ortsansässigen Christen wollten, beschuldigt, den Koran beleidigt und sich damit der Blasphemie schuldig gemacht zu haben. Sandal Gulshare und ihr Vater sollen angeblich Seiten aus dem Koran gerissen haben. Dieser Vorwurf wurde über Moschee- Lautsprecher verbreitet. Als daraufhin eine etwa 500-köpfige Menge aufgebrachter Muslime das Haus umzingelte, es mit Steinen bewarf und anzünden wollte, schritt die Polizei ein und verhaftete Gulshare und Sandal - wie sie sagten - zu deren Schutz. Unter dem Druck der Fanatiker wurde eine Anklageschrift aufgesetzt, in der Vater und Tochter nach § 295 B des pakistanischen Blasphemie-Gesetzes angeklagt werden, was lebenslängliche Haft zur Folge haben kann. Später wurde der Vater in das Bezirksgefängnis für Männer und seine Tochter ins Bezirksgefängnis für Frauen in Faisalabad gebracht. Gulshare Masih's Frau und sieben Kinder halten sich in einem Versteck auf.

Setzen Sie sich beim neuen pakistanischen Präsidenten Asif Ali Zardari für die unverzügliche Freilassung und die persönliche Sicherheit dieser Unschuldigen ein und fordern Sie die Abschaffung des § 295 C und anderer diskriminierender islamischer Gesetze, wie es Minderheitenminister Shabaz Bhatti im Januar 2009 öffentlich in Aussicht gestellt hat.

His Excellency
President Asif Ali Zardari
Pakistan Secretariat
Islamabad
PAKISTAN
Via:
Seine Exzellenz
Botschafter S. E. Herr Shaid Ahmad Kamal
Botschaft der Islamischen Republik Pakistan
Schaperstr. 29
10179 Berlin
E-Mail: mail@pakemb.de

Iranische Christinnen sind „Gefangene des Monats Mai“



Maryam Rostampour (links, 27) und Marzieh Amirizadeh Esmaeilabad (30), wurden am 5. März in Teheran verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, die Staatssicherheit gefährdet, an illegalen religiösen Versammlungen teilgenommen und Bibeln verteilt zu haben.

Beide Christinnen, die ohne offizielle Anklage und Rechtsbeistand inhaftiert sind, teilen sich im Gefängnis Evin eine Zelle mit 27 weiteren weiblichen Gefangenen. Die beiden Frauen sollen unter Infektionen mit hohem Fieber leiden. Nach Angaben der IGFM wurde ihnen bisher nicht der „Abfall vom Islam“ vorgeworfen. Die Ermittlungen laufen aber in diese Richtung. Der Wechsel von Muslimen zu einer anderen Religion kann im Iran mit dem Tode bestraft werden.

Die IGFM ruft dazu auf, in Briefen an die iranische Führung um die sofortige Freilassung der beiden Frauen zu bitten. Der Iran hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, der auch die Religionsfreiheit garantiert. In Artikel 23 der iranischen Verfassung heißt es, dass niemand wegen eines bestimmten Glaubens belästigt werden darf. Von den 65 Millionen Einwohnern des Iran sind 99 Prozent Muslime. Die Zahl der Muslime, die zum christlichen Glauben übergetreten sind, wird auf bis zu 250.000 geschätzt. Daneben gibt es weitere 125.000 bis 150.000 Christen.

Leader of the Islamic Republic
Ayatollah Sayed 'Ali Khamenei
The Office of the Supreme Leader
Islamic Republic Street - End of
Shahid Keshvar Doust Street
Teheran, Iran

Botschaft der Islamischen Rep. Iran
Botschafter Mohammed Mehdi
Akhoundzadeh Basti
Podbielskiallee 67
14195 Berlin
E-Mail: iran.botschaft@t-online.de

Türkei: Recht der Christen auf unverkürzte Geschichte Bedrohung des Klosters Mar Gabriel

Mit Blick auf den 24. April 2009, der von armenischen Christen in aller Welt als Gedenktag für den Völkermord an den Armeniern begangen wurde, forderte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in einer Pressemeldung (vgl. www.igfm.de) die rechtliche Gleichstellung aller Christen in der Türkei, einen Ort des Gedenkens für die Opfer des Genozids an den Armeniern sowie die Anerkennung der syrisch-orthodoxen Christen als nicht muslimische Minderheit in der heutigen Türkei. Die IGFM regte an, die wegen der permanenten Unterdrückung vom Aussterben bedrohte aramäische Sprache unter den Schutz des immateriellen Weltkulturerbes der UNESCO zu stellen und die Lehre dieser Sprache zu fördern. Von Akzeptanz von Multikulturalität und Gerechtigkeit als Grundlage jeder EU-Mitgliedschaft ist nach IGFM-Auffassung die Türkei noch weit entfernt.

Der türkische Ministerpräsident Erdogan hatte 1996, damals noch Istanbul Oberbürgermeister, die Gebeine des für den Völkermord an den Armeniern verantwortlichen Kriegs-

ministers Enver Pascha in den Istanbul Stadtteil Sisli überführen lassen, wo Enver Paschas Grabmal ein Teil des Freiheits-Denkmal Abide-i Hürriyet für die jungtürkische Revolution von 1908 bildet. „Wenn schon dem Völkermord-Agitator mitten in der Türkei ein Denkmal gesetzt wird, sind die Forderungen armenischer Verbände nach einem eigenen zentralen Denkmal für die über eine Million Opfer der Armenier und anderer Christen mehr als gerecht“, so die IGFM in einer Pressemeldung zum 24. April. „Christen in der Türkei haben ein Recht auf ihre unverkürzte Geschichte.“

Angesichts ihrer existenziellen Bedrohung fordert die IGFM darüber hinaus die Anerkennung der syrisch-orthodoxen Christen im Sinne des Lausanner Vertrages von 1923 als rechtlich gesicherte Minderheit in der Türkei. Bis heute werden die syrisch-orthodoxen Christen bei der Gleichstellung von nicht muslimischen Minderheiten konsequent übergangen. Das sei gerade jetzt überfällig, so die IGFM, wo mittels einer Klagewelle jahrhundertealte Besitzrechte infrage gestellt würden. In mehreren Prozessen,

Dauerhafte Kirche im Paulus-Geburtsort Tarsus? Minderheiten schützen!

Die Türkei will auch nach dem bis 29. Juni 2009 dauernden Paulus-Jahr christliche Gottesdienste in der Pauluskirche zu Tarsus zulassen. Dort wurde der Völkerapostel vor 2.000 Jahren geboren. Dies sagte die türkische Regierung im April 2009 der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung Prof. Maria Böhmer (CDU) zu. Derzeit ist in der Pauluskirche ein Museum untergebracht. Bischof Luigi Padovese, Vorsitzender der türkischen Bischofskonferenz, sah Anfang 2009 – auf dem Hintergrund eines wachsenden Pilgerstroms – Zeichen für eine dauerhafte Überlassung des Gebäudes als Kirche. Auch der deutsche Botschafter Kunze setzt sich im Auftrag der Bundesregierung in der Angelegenheit ein.

Bei seiner Rede vor der Großen Nationalversammlung Anfang April in Ankara drängte US-Präsident Barack

Obama die Türkei zu einer Wiedereröffnung des seit 1971 geschlossenen griechisch-orthodoxen Priesterseminars auf Chalki und zu einem stärkeren Schutz von Minderheiten.

Die IGFM tritt für Minderheitenrechte in der geplanten neuen türkischen Verfassung ein und hält diesbezügliche Unterschriftenlisten bereit.

Appellieren Sie (auf Deutsch oder Englisch) für Tarsuskirche, Seminaröffnung, Kloster Mar Gabriel und Minderheitenrechte

Herrn Ministerpräsident
Recep Tayyip Erdogan
T.C. BA^BAKANLIGI
Basbakanlik Basin Merkezi,
Basbakanlik Merkez Bina
Vekaletler Caddesi 06573
Bakanliklar / ANKARA

Dokumentation „Gefangene des Monats“

die 40seitige IGFM/idea-Broschüre „O Gott, befreie mich aus diesem Ort!“ ist in der IGFM-Geschäftsstelle Borsigallee 9, 60388 Frankfurt, zum Preis von 4 Euro erhältlich. Sie gibt einen Überblick über die „Gefangenen des Monats“ von Juni 2007 bis Mai 2009 mit ihrer aktuellen Situation – von 24 Gefangenen kamen 8 frei, Appelle helfen! Die Broschüre enthält zudem eine Welt-Verfolgung-Karte mit Überblicksinformationen und erschütternde Briefe von Inhaftierten.

angestiftet von drei Nachbargemeinden und unterstützt durch einflussreiche Feudalherren aus der Region, geht es um den Landbesitz des Klosters Mar Gabriel (Südost-Türkei).

In der Gerichtsverhandlung am 22. April 2009 erhob das Dorf Qartmin (Yayvantepe) Zusatzklage auf Besitz des Klostergebäudes. Die aramäische Sprache, nach neuesten Angaben der UNESCO in der Türkei vom Aussterben bedroht, muss nach Meinung der IGFM als der Sprache Jesu Christi ähnlich ins Weltkulturerbe aufgenommen werden. Gerade jetzt seien Schulen und Ausbildungsstätten der Aramäer offiziell anzuerkennen und ebenso wie muslimische Schulen zu fördern.

Ministerpräsident Erdogan solle endlich dem Grundsatz Mustafa Kemal Atatürks folgen: „Das Recht ist das Fundament des Staates“.

Impressum

Herausgeber:
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0,
Fax: 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de,
Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684
Sektion Österreich:
Hackhofer Gasse 1, A-1190 Wien
Tel. 0043-991 943 9920, Fax: 0043-1-2369231
Sektion Schweiz:
Birkenweg 1, CH-2660 Nidau
Tel. 0041-32-331 7557, Fax: 0041-32- 331 5761
Verantwortlich: Karl Hafen
Redaktion: Walter Flick, Karl Hafen
Druck: Merziger Druckerei GmbH & Co. KG, Merzig
Satz und Layout: Angelika Kleine
Herausgabe bezuschusst aus Mitteln der Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen
Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein.